

Interview

mit Dipankar Bhattacharya, dem Generalsekretär der 'Indian People's Front' (IPF), der stärksten Gruppierung der indischen neuen Linken. Im folgenden Auszüge aus einem längeren Interview über die Orientierung der IPF und die Politik der traditionellen indischen KPs.

Ist es richtig, daß die IPF im Gegensatz zu den anderen naxalitischen Gruppen dem bewaffneten Kampf abgeschworen hat?

Wir wollen unsere Ziele durch die Methoden erreichen, die in der gegebenen Situation angebracht erscheinen. Dafür schließen wir den bewaffneten Kampf nicht aus, doch im gegenwärtigen Stadium der politischen Entwicklung in Indien, in der es eine gewisse politische Freiheit gibt, und der Staat unser legales Auftreten erlaubt, halten wir letzteres für richtig. Wir konzentrieren uns darauf, die Kämpfe, die spontan an der Basis entstehen, aufzugreifen und in die politische Arena zu führen.

Sie sind insbesondere in Bihar aktiv, einem der ärmsten und repressivsten Bundesstaaten Indiens. Was kann die IPF da tun?

Die Reife, die militante Ideologie und eine Organisation hat den marginalisierten Gruppen gefehlt. Dies liefert die IPF. Dabei konzentrieren wir uns auf die Selbstverteidigung der armen Massen, etwa wenn Großgrundbesitzer sie an der Wahlbeteiligung hindern wollen. Wir haben keine gesonderte Guerilla-Formation. Doch wenn ein Führer der Landlosen von den Schlägertrupps der Großgrundbesitzer verfolgt oder von der Polizei verhaftet wird, ist es durchaus üblich, daß seine Leute versuchen, ihn wieder rauszuholen. Die IPF unterstützt dies, und unsere Politik trifft auf gute Resonanz. Allerdings unterliegen wir schwerer Repression. Allein in den vergangenen 18 Monaten sind 130 IPF-Kader politischen Morden zum Opfer gefallen. Die Gerichte dabei zu bemühen, ist sinnlos, alle Täter laufen heute noch frei herum.

Die IPF konzentriert sich in erster Linie auf die ländliche Bevölkerung. Ergibt sich daraus ein spezifisches Gesellschaftsmodell für die Zukunft?

Nicht direkt, es ergibt sich aus den Strukturen der indischen Gesellschaft, in der der landwirtschaftliche Sektor dominiert. Die traditionelle Linke hat dem zu wenig Rechnung getragen. Sie spricht zwar immer von einer Allianz zwischen Arbeiterklasse und Bauern, sieht letztere aber als passive Alliierte. Doch die indische Landarmut ist eine sehr aktive und damit auch führende Kraft im revolutionären Prozeß. Insofern gibt es Ähnlichkeiten mit der chinesischen Situation. Aber mehr ist da nicht. Indien hat viele Besonderheiten, beispielsweise die nationale, religiöse und sprachliche Vielfalt. Wir müssen einen typisch indischen Weg finden. Natürlich wollen wir von den Erfahrungen Chinas und der Sowjetunion lernen, aber auch von Entwicklungen in Lateinamerika sowie der Krise in der gesamten sozialistischen Bewegung. Eine stärkere Volksbeteiligung ist nötig. Die Erfahrung mit unseren Parlamentsabgeordneten zeigt, wie schnell sich bürokratische Tendenzen herausbilden. Wir wollen da demokratische Kontrollen vorschalten und haben sogenannte Wählerräte eingerichtet, denen sich die Abgeordneten in ihren Orten stellen müssen.

Neben den demokratischen Defiziten hat eine überzogene zentrale Planwirtschaft zum Scheitern der sozialistischen Länder beigetragen. Welche Lehren zieht die IPF daraus?

Es ist sehr schwierig, gegenwärtig große Perspektiven zu zeichnen. Aber wir haben hier in den vergangenen 40 Jahren unsere Erfahrung mit einer gewissen Art der Planung und einem staatlichen Wirtschaftssektor gemacht. Vor diesem Hintergrund sehen wir keinen Grund, warum die indische Linke diese Elemente als heilige Kuh betrachten soll, wie die traditionellen KPs es tun.

Wie würden Sie die beiden großen Kommunistischen Parteien in Indien charakterisieren?

Der Einfachheit halber bezeichnen wir sie als kommunistisch. Allerdings ähneln sie sozialdemokratischen Parteien, wenn es auch Unterschiede zur Situation in Europa gibt. Wir beklagen besonders,

daß sie so stark in das System integriert sind, die alte Gesellschaft mittragen. Sie kommen von ihrer Nehru-Nostalgie nicht los.

Immerhin scheint doch die CPM-geführte Regierung in West-Bengalen für die Landarmut einige Erfolge aufzuweisen.

Sicher läßt sich das sagen. Doch die Umsetzung eines bürgerlichen Reformpakets sollte nur ein Teil linker Politik sein. Die CPM hat versäumt darzulegen, daß mit diesen Reformen nur die grundlegenden Bedürfnisse befriedigt werden können, es aber darüber hinaus noch weitere Perspektiven gibt. Und was tun sie jetzt nach der Umsetzung erster Reformen? Zur Entwicklung der Industrie laden sie Multis und inländische Monopolkapitalisten ein und werben darum mit gefügigen Gewerkschaften. In der gegenwärtigen Situation sind Privatinvestitionen notwendig - aber warum entwaffnen sie die Arbeiter?

Bei radikalen Positionen könnte eine linke Landesregierung von der Zentralregierung gestürzt werden. Ist da eine eher pragmatische Politik für die CPM nicht überlebensnotwendig?

Stellen wir uns vor, die IPF würde einmal die Regierung von Bihar stellen, dann würde man natürlich nicht gleich auf einen reinen Konfrontationskurs gehen. Doch die CPM ist bereits 15 Jahre an der Macht, folglich wird sie zunehmend für die Schwächen des Systems verantwortlich gemacht. Der Zeitpunkt ist gekommen, wo sie sich radikaler für die Leute einsetzen sollte. Werden sie dann gestürzt, würde das das Bewußtsein der Menschen erhöhen.

Welche Möglichkeiten gäbe es denn für radikalere Ansätze?

Selbst im Rahmen unseres Systems könnte die CPM viel mehr tun. Bei defizitären Staatsbetrieben fördert sie keineswegs die Idee der Arbeiterübernahme, sondern schlägt nur erneut staatliche Interventionen vor. Warum führt sie nicht einen aktuellen Überblick über die Verteilung des Landbesitzes durch, um zu sehen, ob ihre Landreform nicht unterlaufen wurde? Die Korruption nimmt auch in West-Bengalen zu. Und die eh schon sehr niedrigen vorgeschriebenen Löhne werden nur selten gezahlt. Warum tun sie nichts dagegen? Im politischen Bereich müßte eine linke Regierung die Opposition anführen. Doch die Rolle der CPM ist zwiespältig. Sie protestiert zwar gegen die Wirtschaftspolitik der Kongresspartei, läßt deren Minderheitsregierung aber weiter agieren.

Weil ansonsten vielleicht bei den nächsten Wahlen die Hindu-Reaktionäre der BJP an die Macht kämen.

Das kann passieren. Doch man muß zur Kenntnis nehmen, daß das alte zentristische Modell in Indien zerbrochen ist. Immer wieder den Geist der Unabhängigkeit und Nehrus anzurufen, reicht nicht mehr, um der BJP den Weg an die Macht zu verstellen. Die BJP nutzt dies, und drängt die Politik immer weiter nach rechts. Die Linke muß die Initiative ergreifen, muß sich um ein eigenständiges linkes Projekt finden. Wir müssen unsere Themen bestimmen. Damit will ich nicht sagen, daß wir immer wieder über die gleichen Themen mit den immer gleichen Worten sprechen sollten. Es entstehen viele neue Probleme in unserem Land: die Frage der Wirtschaftsentwicklung oder die ökologische Katastrophe, die die Ärmsten am härtesten trifft. In diesem Zusammenhang entstehen neue Bewegungen, die die Linke schnellstens analysieren muß: die Bewegung der Dalits (Kastenlosen), der verschiedenen Volksgruppen, die Bewegung gegen die großen Staudämme, die Zehntausende entwurzeln, die Umweltgruppen, usw. Meines Erachtens gibt es gute Möglichkeiten, all diese Bewegungen in eine breite revolutionäre, demokratische Front zusammenzuführen. Doch die traditionelle Linke muß hier noch viele Vorurteile überwinden.

(Das Interview führte Frank Braßel in Neu Delhi)